

WALD – MEHR ALS HOLZ

Positionen für die Waldwende im Sinne
des Gemeinwohls



WALD – MEHR ALS HOLZ

Positionen für die Waldwende im Sinne des Gemeinwohls

Autoren und Autorinnen:

Dorothea Epperlein, Jannes Stoppel
Greenpeace Waldexpert:innen

Erstellt von:

Greenpeace Deutschland
E-Mail:
dorothea.epperlein@greenpeace.org,
jannes.stoppel@greenpeace.org

Hamburg, November 2023

Inhaltsverzeichnis:

Inhaltliche Einordnung	3
Greenpeace-Positionen zum Bundeswaldgesetz:	
1. Umdenken: Was bedeutet der Wald für uns?	4
2. Wälder sind natürliche Klima- und Biodiversitätsschützer	4
3. Handlungsfähigkeit für Waldschutz stärken	4
4. Mit großem Wald kommt große Verantwortung	5
5. Back to the roots - Zurück zum natürlichen Wald	5
6. Mehr Schutzgebiete, die wirklich schützen	6
7. Jeder Baum zählt	6
8. Modernes Monitoring zum Zustand der Wälder	7
9. Wälder nicht verheizen	7
10. Weniger Holzverschwendung	8

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mehr als 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340,
presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0
V.i.S.d.P. Dorothea Epperlein **Text** Dorothea Epperlein, Jannes Stoppel **Foto** Roman Pawlowski/Greenpeace

greenpeace.de

Inhaltliche Einordnung

Die Wälder in Deutschland sind in einem kritischen Zustand. Laut des aktuellen Waldzustandsberichts haben nur 21% der Bäume in Deutschland noch gesunde Kronen. Das bedeutet, dass vier von fünf Bäumen geschädigt sind.¹ Zum einen liegt das an der Klimakrise. Es liegt aber auch an der Tatsache, dass die Holzproduktion bei der Waldnutzung noch immer an erster Stelle steht und in den letzten Jahrzehnten industrielle Züge angenommen hat: schwere Maschinen verdichten den Boden, Fichten- und Kiefermonokulturen stehen in schnurgeraden Reihen, eingeführte Baumarten verändern die Lebensräume. Es fehlt an Totholz und alten, knorrigen Bäumen. Dabei werden Wälder durch Gräben entwässert, Rückegassen zerschneiden den Baumbestand und das schützende und kühlende Kronendach von Laubwäldern wird regelmäßig aufgerissen. Die Auswirkung davon sind instabile, schwächelnde Wälder^{2 3}. Immer deutlicher wird die Anfälligkeit für Krankheiten, Insektenschäden und Waldbrände besonders in zunehmenden Hitzeperioden. Erst setzen dem Wald die Dürren der heißeren Sommer zu, der Borkenkäfer gibt ihm dann vielerorts den Rest. Die Flächen mit kaputten Wäldern nehmen zu.

Doch dabei brauchen wir den Wald für so viel mehr als nur die Holzproduktion: er ist unsere natürliche Lebensgrundlage. Der Wald ist Lebensraum für Pflanzen, Pilze und Tiere. Er ist wichtig für die Artenvielfalt, er schützt unser globales Klima und kühlt auch ganz lokal die Luft. Er speichert Wasser und stabilisiert den Boden, er reduziert die Wucht von Überflutungen, er ist Ort für unsere Freizeit und Erholung.

Wir sind vom Wald abhängig und können nicht auf das lebendige Ökosystem mit seinen vielen positiven Eigenschaften verzichten. Der Wald ist mehr als nur Holz.
Wir alle leben davon!

Zur Absicherung der Wälder als unser aller Lebensgrundlage braucht es nun neue und wirksame Gesetze für den Wald in Deutschland. Im Jahr 2024 soll ein neues Bundeswaldgesetz in Deutschland beschlossen werden. Eine historische Chance, endlich ein Gesetz zu schaffen, das dem Wald, der Natur, den Tieren, den Menschen und nicht nur der Wirtschaft dient.

Greenpeace fordert ein starkes Gesetz, in welchem die Vitalität und naturnähe der Wälder als Ziel des Waldmanagements sowie die Bewahrung von besonders schützenswerten Waldökosystemen fest verankert sind. Als Bundesgesetz dient es in seiner Regulierungsfunktion dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen aller Bürger:innen und damit unserem Gemeinwohl. Der Schutz, Erhalt und die Förderung von langfristig wirksamen Ökosystemfunktionen des Waldes müssen daher klar vor kurzfristigen Gewinnen der Holzproduktion priorisiert werden. Für die Bewirtschaftung müssen klare Standards formuliert werden, die basierend auf dem Vorsorgeprinzip den Erhalt und die Wiederherstellung klimaresilienter und artenreicher Wälder sichern. Damit dies gelingt, müssen zehn Maßnahmen umgesetzt werden.

¹ [Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2022](#), S.11

² Panek, Norbert "Von 'naturnah' weit entfernt - Hemerobie der Wälder in Deutschland", Naturschutz und Landschaftsplanung 09/2021, <https://www.nul-online.de/magazin/archiv/von-naturnah-weit-entfernt-hemerobie-der-waelder-in-deutschland,QULEPTY5NTUyODcmTULEPTgyMDMw.html?UID=62D9ACF9150398CA4FFEEF31F8CAF9415067DED9DFF392>

³ Pierre L. Ibisch, Charlotte Gohr, Deepika Mann & Jeanette S. Blumröder (2021). Der Wald in Deutschland auf dem Weg in die Hitzezeit. Vitalität, Schädigung und Erwärmung in den Extremsommern 2018-2020. Centre for Ecomics and Ecosystem Management an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde für Greenpeace. Eberswalde

1. Umdenken: Was bedeutet der Wald für uns?

Problem: Das aktuelle Bundeswaldgesetz stammt aus dem Jahr 1975 und genauso veraltet ist seine Sicht auf den Wald. Es sieht ihn nicht als schützenswertes und schützendes Ökosystem, von dem wir alle leben. Bisher steht die Wirtschaftlichkeit von Wäldern im Mittelpunkt - der kurzfristige Profit mit Holz als Rohstoff.

In der Vergangenheit führte dies zur Ausbeutung der Wälder und dem Anlegen von Monokulturen. Aus lebendigen Wäldern sind Holzplantagen geworden. Dabei ist der Wald so viel mehr als nur ein Holzlieferant!

Wir fordern: Das neue Gesetz muss den Wald umfassender definieren.

Nach Artikel 20a des Grundgesetzes ist der Staat verpflichtet, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Dies gilt im jetzigen Moment, aber auch für nachfolgende Generationen. Denn wir alle profitieren von gesunden Wäldern. Die Holznutzung jedoch bringt vor allem finanzielle Profite, ohne dabei das Allgemeinwohl im Blick zu haben. Mit Blick auf die Verpflichtung, die Lebensgrundlagen für die Allgemeinheit zu bewahren, besteht also die Notwendigkeit, den Erhalt der vielfältigen Ökosystemdienstleistungen der Wälder höher zu priorisieren als die Holznutzung. Daher braucht es ein Umdenken und eine neue Definition des Waldes. Darauf basierend müssen Entscheidungsträger:innen gesetzliche Regelungen entwerfen, die den Erhalt eines gesunden Waldes für jetzige und zukünftige Generationen garantieren⁴. Das Wissen um eine naturnahe Forstwirtschaft ist bereits vorhanden und durch die letzten Dürrejahre ist ein breiteres Bewusstsein für die Gefährdung der Wälder entstanden. Was es nun braucht, ist ein zukunftsfähiger gesetzlicher Rahmen, der in ökologischen Krisen Orientierung und Handlungsfähigkeit sicherstellen kann.

2. Wälder sind natürliche Klima- und Biodiversitätsschützer

Problem: Unsere Umwelt ist im Krisenzustand. Sowohl die Klimakrise als auch die Biodiversitätskrise schreiten voran. Diese

menschengemachten Veränderungen bedrohen unsere Lebensgrundlagen. Es gibt kein starkes Gesetz, das den Wald als Verbündeten im Kampf gegen die Umweltkrisen anerkennt und seine Funktionen besser sichert und fördert.

Wir fordern: Der Beitrag der Wälder für den Klimaschutz, den Biodiversitätsschutz und die ökosystembasierte Klimaanpassung muss in der Zielsetzung des Bundeswaldgesetzes gesichert werden.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, sind Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes heute unabdingbar und genauso wichtig wie die massive Vermeidung von Emissionen und der Ausbau erneuerbarer Energien. Im Klimaschutzgesetz und dem Klimaanpassungsgesetz sind bereits Regelungselemente enthalten, die die Klimaschuttfunktionen des Waldes sichern und fördern sollen. Diese Klimaschuttfunktion muss auch im Ziel des Bundeswaldgesetzes eindeutig benannt werden, damit sich die Waldbewirtschaftung an ihr orientiert und die Holzproduktion ihr untergeordnet wird. Weiterhin muss auch der Schutz der Biodiversität im Gesetz gesichert werden. Der Wald als ein vielfältiges Biotop muss ganzheitlich betrachtet werden und kann nur durch die Sicherung und Wiederherstellung der Artenvielfalt weiterhin seine Vitalität und Resilienz bewahren. Es braucht klare Vorgaben und Regelungen, die den Biodiversitätsschutz in Deutschland umsetzen. Daher sollte auch das Bundeswaldgesetz schon in seiner Zielsetzung den Auftrag der EU-Biodiversitätsstrategie enthalten, naturnahe Waldlebensräume wiederherzustellen und zu schützen.

3. Handlungsfähigkeit für Waldschutz stärken

Problem: Bisher ist die Waldgesetzgebung zum großen Teil "Ländersache". Es fehlen bundeseinheitliche Regeln. Das führt dazu, dass die Bundesländer überwiegend selbst entscheiden, ob und wie sie ihre Wälder nutzen und schützen.

Zudem müssen die Bundesländer eigentlich alle gemeinsam auf das Erreichen internationaler Ziele hinarbeiten, was bisher aufgrund der fehlenden bundeseinheitlichen

⁴ <https://greenpeace.app.box.com/file/1046329824558?s=8zb2uo43luuf6kads90ktzgnnxmx3qdz>, S. 3

Regeln im Wald nicht ausreichend passiert. So ist zum Beispiel der Beitrag der Wälder essentiell, um die gesetzten Ziele im Klimaschutzgesetz zu erreichen. Und in Zeiten von zunehmenden Wetterextremen braucht es daher Regelungen im Bundesgesetz. Nur so kann eine Handlungsfähigkeit zum Aufbau der Senkenleistung und zur Regulierung der Einschlüsse in besonders schützenswerten Wäldern gewährleistet werden.

Wir fordern: Das Waldgesetz muss endlich Biss bekommen und einheitliche Regeln für alle Bundesländer enthalten.

Das Bundeswaldgesetz muss die verantwortlichen Landesbehörden ermächtigen können, Einschlagsregulierungen zu verhängen.⁵ Sollte eine übermäßige Holznutzung die Klimaschutzleistungen der Wälder beeinträchtigen, wird diese Einschlagsregulierung die Wälder schonen. Dies wäre zum Beispiel auf besonders schützenswerten Laub- und Laubmischwäldern anzuwenden, da sie eine zentrale Rolle für Klimaschutz, Klimaanpassung und die Biodiversität spielen.

4. Mit großem Wald kommt große Verantwortung

Problem: Die Pflichten, die mit dem Recht auf Eigentum einhergehen, wurden bisher nicht an die Klima- und Artenkrise angepasst. Wie Wälder auf privatem Eigentum verwaltet werden und wie viele Bäume gefällt werden, hat nicht nur eine Wirkung für den:die jeweilige:n Eigentümer:in, sondern auf die natürlichen Lebensgrundlagen der gesamten Gesellschaft.

Privatpersonen, die Wald besitzen, tragen also auch Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen von uns allen. Diese Verantwortung ist momentan im Bundeswaldgesetz nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir fordern: In Zeiten von Klima- und Artenkrise muss das Bundeswaldgesetz eine Ökologiepflichtigkeit von Eigentum garantieren. Somit soll die Art und Weise der Nutzung des Waldes den ökologischen Bedürfnissen der Allgemeinheit untergeordnet sein.⁶ Diese Pflicht leitet sich von der

Sozialpflichtigkeit von Eigentum ab, welche bereits im Grundgesetz festgelegt ist.⁷ Genauso wie niemand das Grundwasser verunreinigen darf, darf auch niemand den Wald übernutzen, da dann das Klima und die Artenvielfalt bedroht werden. Deswegen sollten private Waldbesitzende mehr Verantwortung für die Allgemeinheit übernehmen müssen. Schärfere Standards für ein naturnahes Waldmanagement sind daher auch für das private Eigentum dringend notwendig.

5. Back to the roots - Zurück zum natürlichen Wald

Problem: Nadelbaumforsten sind kein Wald, sondern Monokulturen. Diese Holzäcker sind angelegt für die Produktion von Bauholz, Möbeln, Papier und Brennholz. Gegen Dürren und Borkenkäfer sind sie chancenlos⁸. In einem alten Buchenwald oder einem Mischwald mit vielen Laubbäumen hingegen ist es dank der schattenspendenden belaubten Baumkronen deutlich kühler, feuchter und dunkler. Waldbrände gibt es dort seltener.⁹

Dennoch setzen Teile der Forstwirtschaft weiter auf schnell wachsende Nadelbäume und pflanzen auch Kiefern und Fichten immer noch als Monokulturen. Ohne strikte, neue Gesetze werden industrielle Interessen die Wälder weiter schwächen und letztendlich zerstören. Für widerstandsfähige Wälder, die auch Dürren überleben können, braucht es eine schnelle Wende in der deutschen Waldpolitik auch durch das neue Waldgesetz.

Wir fordern: Hohe Standards für die naturnahe Waldnutzung. Die Vorgaben sollen den ökologischen Umbau von Nadelbaumforsten forcieren und auf einen bedeutenden Zuwachs der naturnahen Laub- und Laubmischwälder abzielen. Nur so können die positiven Leistungen des Waldes, wie Sauerstoffproduktion, Luft- und Wasserfilter, Klima- und Bodenschutz, Biodiversität und Erholung, gesichert und entwickelt werden.

Es braucht also klare Ge- und Verbote, die einen Minimalstandard einer naturnahen Waldnutzung in allen Bundesländern

⁵ <https://greenpeace.app.box.com/file/1199827841239?s=q8m759dnwdm2rchnh0i1s4ew0jw5mssy>

⁶ <https://greenpeace.app.box.com/file/1204912661105>, S. 3

⁷ GG Art. 14 Abs. 2

⁸ <https://waldmonitor-deutschland.de>

⁹ <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-deutschland/waldbraende-acht-milliarden-tonnen-co2>

festlegen. Das heißt zum Beispiel: Keine Kahlschläge, keine Pestizide und keine Neupflanzungen von Monokulturen in Form von Fichten- und Kiefernforsten. Zudem sollen sich resiliente Wälder aus standortgerechten und heimischen Baumarten entwickeln, die weitestgehend aus Naturverjüngung entstehen.

Es braucht eine Beschränkung der Menge an Holz, die gefällt wird. Ein Wald kann eine viel größere Menge an Kohlenstoffdioxid speichern, wenn auf seiner Fläche mehr Bäume für eine längere Zeit stehen bleiben und wirklich alt werden dürfen.^{10 11}

Einzelne Bäume können nur gefällt werden, wenn das Ökosystem Wald als Ganzes dabei nicht geschädigt wird. Nur so können die Wälder langfristig im Sinne des Klima- und Artenschutzes unsere Verbündeten sein. Die maschinelle Bodenbearbeitung muss sofort gestoppt werden. Der Schutz des Bodens muss durch größere Abstände der Rückegassen von mindestens 40 Metern klar verbessert und die weitere Entwässerung verboten werden. Für den Bodenschutz muss zudem die Befahrung mit schweren Forstmaschinen außerhalb der Rückegassen, insbesondere auf Schadflächen, unterbunden werden. Eine komplette Räumung dieser Flächen darf es nicht mehr geben. Ein großer Teil des Totholzes soll auf der Fläche verbleiben. Dies fördert die Regenerationskraft des Ökosystems und verbessert den Erosionsschutz.

6. Mehr Schutzgebiete, die wirklich schützen

Problem: Es gibt immer noch nicht genügend Gebiete, auf denen sich die Wälder frei von menschlichen Einflüssen entwickeln können. In vielen Schutzgebieten wird weiterhin intensive Forstwirtschaft betrieben, welche nicht die Ökosystemfunktionen und das Speichern von CO₂ in den Bäumen priorisiert.

Wir fordern: Ein Konzept zum strengen Schutz besonders gefährdeter und schützenswerter Wälder sowie bereits geschützter Gebiete¹². Schutzgebiete haben wichtige Funktionen für den natürlichen Klimaschutz, die ökosystembasierte Klimaanpassung und den Biodiversitätsschutz. Darüber hinaus sind sie

unverzichtbar als Referenzflächen und damit Lernorte für eine naturnahe Waldnutzung. Das Kunming-Montreal-Weltnaturabkommen hat deutlich gemacht, dass wir mindestens 30% der Landflächen unter effektiven Schutz stellen müssen, um dem dramatischen Artensterben noch etwas entgegenzusetzen zu können. In Deutschland müssen dafür mindestens 15% der Waldfläche dauerhaft unter strikten und rechtlich abgesicherten Schutz gestellt und der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Das Augenmerk muss besonders auf seltenen Waldökosystemen wie Bruch-, Schlucht- und Auenwäldern liegen. Bis der gesetzlich abgesicherte Schutz erreicht ist, muss es in diesen Wäldern einen vollständigen Einschlagstopp geben.

In bereits bestehenden Schutzgebieten, insbesondere den Natura2000-Gebieten, muss der Einfluss der Forstwirtschaft kritisch überprüft werden. Die Waldnutzung muss in diesen Gebieten dringend per Gesetz stärker reguliert und die Entwicklungen kontrolliert werden.

Neben dem gesetzlichen Schutz sind im Rahmen von Förderprogrammen Anreize für Privatwaldbesitzende nötig, auch hier Wälder langfristig aus der Nutzung zu nehmen.

7. Jeder Baum zählt

Problem: Wenn der Schutz von ökologisch wertvollen Wäldern nicht per Gesetz vor dem Ausbau der industriellen Nutzung priorisiert wird, besteht die Gefahr, dass Waldbestände und deren wertvolle Biodiversität geopfert werden. Durch den Deutschlandpakt zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren zeichnet sich derzeit ein Bauboom ab. Dieser kann der Natur und den Wäldern zum Verhängnis werden, wenn keine Regulierung zum Schutz der Waldflächen in der zukünftigen Raumplanung garantiert wird. Die Funktionen von Wäldern und insbesondere von alten Wäldern können nicht durch Ersatzpflanzungen ausgeglichen werden. Auch nicht, wenn mehr Fläche bepflanzt wird, als abgeholzt wurde. Der Verlust dieser Funktionen ist unumkehrbar.

Wir fordern: Die Waldfläche in Deutschland muss erhalten und vergrößert werden. Wald

¹⁰ [Wege aus der Waldkrise - Greenpeace](#)

¹¹ [Wenn Wälder wieder wachsen – Eine Waldvision für Klima, Mensch und Natur](#)

¹² [Wenn Wälder wieder wachsen – Eine Waldvision für Klima, Mensch und Natur](#), S.11

darf nur in Anspruch genommen werden, wenn die geplante Maßnahme tatsächlich einem überwiegenden öffentlichen Interesse dient und nicht auf anderen Flächen umgesetzt werden kann. Der Erhalt von bestehenden Wäldern muss durch eine klare Regulierung im Bundeswaldgesetz viel stärker priorisiert werden. Wir können es uns nicht leisten, ökologisch wertvolle Wälder zu verlieren.

Für den Ausbau von nachhaltiger Infrastruktur, wie Windkraftanlagen, Stromtrassen oder Bahntrassen, sollten in notwendigen Ausnahmefällen nur "kulturbestimmte", naturferne Forsten und Plantagen mit Nadelbaum-Monokulturen als Standorte geprüft werden dürfen. Diese Differenzierung muss innerhalb einer forstlichen Rahmenplanung langfristig festgesetzt werden. Als fester Bestandteil des neuen Bundeswaldgesetzes könnte diese übergeordnete Rahmenplanung eine dauerhafte Ausrichtung an den ökologischen Zielsetzungen gewährleisten.

8. Modernes Monitoring zum Zustand der Wälder

Problem: Das aktuelle Monitoring des Waldes ist nicht ausreichend. Für eine klare Bewertung des Gesamtzustandes, der Wirkung vergangener Ereignisse und Eingriffe sowie einer Planung für die Zukunft braucht es eine sehr gute Datengrundlage. Doch momentan sind die Datenlücken noch viel zu groß. Ebenso wenig erlauben die Daten eine Beurteilung der Wirkungen forstlicher Maßnahmen oder von Waldschutzgebieten. Es gibt einen großen Informations- und Monitoringbedarf in unterschiedlichen Bereichen des Ökosystemmanagements, der Anpassung an den Klimawandel sowie den Klimaschutz. Die Qualität der öffentlich zur Verfügung gestellten Information ist in vielen Fällen nicht auf dem Stand moderner Möglichkeiten.

Wir fordern: Um den Zustand der Wälder zu ermitteln und seine Veränderungen zu erfassen, bedarf es eines Monitorings, welches Indikatoren des gesamten Ökosystems umfasst. Das heißt, neben den Daten der Forstwirtschaft sollen unter anderem auch Daten zu Artenvielfalt,

Wasserversorgung, Totholz mengen, Verjüngung und dem Einfluss des Klimawandels aufgenommen werden. Diese Grundlage ist notwendig, um die Anforderungen an die Bewirtschaftung und die nötigen Regelungen an die gegebenen Bedingungen anzupassen. Für diese komplexen Analysen müssen zusätzlich die umfangreich verfügbaren Satellitendaten genutzt werden. Die Ergebnisse des Monitorings sollen auch der Öffentlichkeit regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Eine kontinuierliche Kontrolle in Form eines Ökosystemmonitorings ist dazu im Bundeswaldgesetz festzulegen.¹³

9. Wälder nicht verheizen

Problem: Holzverbrennung liegt im Trend und die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie definiert sie fälschlicherweise weiterhin als "nachhaltig" und "klimaneutral". Die Verbrennung von Holz führt zu direkten Emissionen, die mit denen der fossilen Energieträger vergleichbar sind. Das so ausgestoßene CO₂ muss dann erst wieder langsam durch die Ökosysteme gebunden werden. Das bedeutet, dass es eine lange Zeit in der Atmosphäre wirkt und so die Klimakrise weiter beschleunigt. Die Verbrennung von bereits stark geschädigten Waldökosystemen ist nicht "klimaneutral", nicht "nachhaltig" und in der zunehmenden Klimakrise nicht einfach "erneuerbar".

Wir fordern: Um den Nutzungsdruck auf die Wälder weiter zu senken, muss die Verwendung von Holz als Energieträger stark eingeschränkt werden. Die energetische Nutzung von Frischholz, das direkt aus dem Wald kommt, muss industriell verboten und darf privat nicht mehr gefördert werden. Förderungen und Subventionen zur Strom-, Wärme- oder Treibstoffgewinnung aus der Verbrennung von Frischholz müssen durch den Ausschluss der Förderfähigkeit in der EU-Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED), dem deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) sowie den Regulierungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beendet werden.

Im privaten Bereich gilt es sicherzustellen, dass das verwendete Holz aus der Region kommt. Generell muss aber auch die private

¹³ <https://greenpeace.app.box.com/file/1204929336108?s=yso9xfe-phlgdj1h8d3wwl9yzt19hu32e>, S. 22

Holzverbrennung auf niedrigem Niveau gedeckelt werden, abhängig von der Leistungsfähigkeit der Wälder. Importiertes Feuerholz, das zum Beispiel aus den Urwäldern der Karpaten kommt, muss verboten werden.

10. Weniger Holzverschwendung

Problem: Unsere Holznutzung übersteigt die nachhaltige Holzproduktion unserer Wälder. Um sich an die Leistungsfähigkeit von möglichst gesunden und resilienten Waldökosystemen anzupassen, muss sich der Umgang mit dem Rohstoff Holz grundlegend ändern. Daran anschließend darf ein geringerer Holzeinschlag in Deutschland nicht dazu führen, dass dann in anderen Ländern mehr Holz eingeschlagen wird. Dies muss sich auch in den entsprechenden gesetzlichen Regelungen niederschlagen.

Unsere Forderungen: Der Holzeinschlag muss auf ein Minimum reduziert werden.

Wird doch eingeschlagen, ist es wichtig, das Holz vorrangig langfristig und in Kaskadennutzung zu verwenden. Das bedeutet, dass Holz so verarbeitet werden muss, dass man es zu verschiedenen Zwecken immer wieder weiterverwenden kann. Die dafür notwendigen Infrastrukturen und Industrien für eine langlebige Nutzung müssen gestärkt werden, um gegenüber kurzfristigen Nutzungsformen einen Marktvorteil zu erlangen¹⁴. Die Nutzung von Holz als Einweg-Produkt muss unattraktiv werden.

Um bei der Förderung von Laubwäldern auch weiterhin eine Holznutzung zu ermöglichen, müssen sich auch die Gegebenheiten für den Einsatz von Laubholz verbessern. Dazu bedarf es Forschung und Innovation, die staatlich gefördert werden müssen.^{15 16 17}

Gleichzeitig braucht es strenge Kontrollen der Holzimporte, um sicherzustellen, dass nur Holz aus verantwortungsvollen Quellen, also aus naturnaher Bewirtschaftung und ohne Einflüsse auf Primärwälder oder Schutzgebiete, Verwendung findet. Insgesamt müssen die neuen Regeln aber vorsehen, dass Holz vor allem lokal verwendet wird. So können die mit dem Transport verbundenen Emissionen verringert werden.

Dazu gehört auch, den Handel mit Holz und Biomasse einzugrenzen. Dies soll verhindern, dass qualitativ hochwertige Baumstämme ins Ausland exportiert werden oder Holz zur Verfeuerung in deutschen Biomasse-Kraftwerken aus anderen Waldregionen der Erde eingekauft wird.

¹⁴ [Schutzgebiete schützen nicht](#)

¹⁵ [Mit Holz wird die Wärmewende verheizt | WWF](#)

¹⁶ [Energiepolitik auf dem Holzweg](#), S. 10

¹⁷ <https://greenpeace.app.box.com/file/965864101948?s=e8tn2ay8wbhzaaw1aw055jgnkb3t0gkl>